

Aus Zeit und Streit

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **12 (1932-1933)**

Heft 3

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Aus Zeit und Streit

Die Zeiten ändern sich!

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ findet man in jüngster Zeit schüchterne [sehr schüchterne!] Anläufe, die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland nicht nur wie bisher unter dem Gesichtspunkt ihrer innerpolitischen Gegner, sondern aus ihren eigenen Voraussetzungen heraus zu beurteilen. Die „N. Z. Z.“ folgt damit zweifellos dem richtigen Instinkt, daß hier eine neue Macht im Entstehen ist und daß man, falls sie endgültig zum Erfolg führt, bei Zeiten die Fahne nach dem neuen Wind hängen muß.

Wenig Freude aber macht sie damit ihren politischen Busenfreunden in Deutschland zur Linken. Dort weiß man, daß man im eigenen Land mit seinem sozialdemokratischen Latein zu Ende ist. Um so mehr sucht man Unterstützung im Ausland. Nachdem ein Schweizer in der „N. Z. Z.“ sich beruhigend über die Rückwirkungen eines in Deutschland zur Macht gelangenden Nationalsozialismus auf die Schweiz ausgesprochen hatte, glaubte Herr Schulze aus Hildesheim — ein „Deutscher, der ständig in Deutschland lebt“,

wie er betauernd hinzufügt — dem umgehend widersprechen und dem schweizerischen Bürgertum im Falle der Macht-ergreifung durch den Nationalsozialismus „neue politische Verwicklungen“ und „äußerst ungünstige Auswirkungen auf rein neutrale Staaten, also speziell auf die Schweiz“, in Aussicht stellen zu müssen.

Ob das schweizerische Bürgertum aber, nachdem die Rückwirkungen des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs und Zusammenbruchs in Deutschland unter dem herrschenden Regime auf unser Land keineswegs so günstige waren, auf die Dauer weiter diesen Melodien der deutschen Linken glauben wird? Niemand könnte vielleicht besser Auskunft darüber geben, als jener Sendbote der sozialdemokratischen Schutztruppe Deutschlands, des Reichsbanners, der in den vergangenen Wochen bei bürgerlichen Kreisen der Schweiz auf milde Gaben für die Sache der bedrohten „Republik“, d. h. des internationalistisch schillernden parlamentarischen Parteienstaates gereift ist.

Nie wieder Erdbeben / oder Erziehung zum Staat im freisinnigen Bürgertum.

„Ja, abrüsten sollen wir. Wer ein kleines Fünkchen Idealismus in sich findet, der muß mit Begeisterung dafür kämpfen. . . Es ist ein gewisses Risiko dabei, aber . . .“

Unter der Überschrift „Quellwasser, Einer aus dem Volk an das Volk“, in „Liberale Jugend“, Heft 2.

„Eine Gruppe freigesinnter Theologen übermittelte dem Kirchenrat die Anregung, er möge den Kirchenbund bitten, so rasch als möglich gegen die Tatsache des Krieges zwischen Japan und China Einsprache zu erheben und sich zugleich dagegen zu äußern, daß in der Schweiz Waffen und Kriegsgerät . . . hergestellt werde.“

„Kirchenbote für den Kanton Zürich“, Nummer 5.

„Warum soll der Lehrer nicht eine Abrüstungskonferenz der Schüler einberufen. . . Der Hauptteil der Konferenz ist der Diskussion gewidmet. Redner auf Redner meldet sich. Sachlich, freundlich wird gesprochen. . . So denken und reden Abrüstungsdelegierte, die im Alltag noch Sekundarschule und Gymnasium besuchen“ [wir vermischen die Primar- und Kleinkinderschulen und Säuglingsheime; es geht wirklich nicht an, zu einer so wichtigen Frage nicht auch die Meinungsäußerungen dieser Altersstufen einzuholen!].

Aus „Schweizer Erziehungsrundschau“, April 1932; „Zur Umfrage: Was kann die Schule für den Frieden tun?“

Die nicht gezahlten Beiträge.

Einer Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes an die Ratsmitglieder ist zu entnehmen, daß die Summe der nicht bezahlten Mitgliederbeiträge sich von 27,000 Franken im Jahre 1920 auf die stattliche Zahl von 18,380,000 Franken im Jahre 1931 vermehrt hat. Während der Jahresrückstand 1930 beispielsweise kaum 1½ Millionen betrug, machte er 1931 nicht weniger als 4,1 Millionen Franken aus. Diese

für 1931 nicht bezahlten Beiträge verteilen sich auf nicht weniger als 23 Mitgliedstaaten, worunter die mittel- und südamerikanischen Staaten den Hauptanteil stellen; man findet bei ihnen aber auch Kanada, Ungarn, Polen. — Diese wachsende „Zurückhaltung“ der Mitglieder hängt zweifellos mit ihrem wachsenden Zutrauen in die Zukunft des Völkerbundes zusammen!

Italien - Schweiz.

Ein italienischer General äußert in einer italienischen Zeitschrift (General Rocca in „Augustea“) sehr vernünftige Ansichten über die militärisch-politischen Beziehungen zwischen Italien und der Schweiz. Italien hätte darnach das größte Interesse am Bestehen einer Schweiz und an ihrem Willen zur unbedingten Neutralität. Im Falle einer Aufteilung der Schweiz unter ihre Nachbarn sähe Italien sich gezwungen, die Alpenkette auf eine so weite Strecke zu verteidigen, daß seine Kräfte dazu voraussichtlich nicht ausreichen würden.

Die neutrale, wehrhafte Schweiz übernimmt also für Italien die Verteidigung eines Teiles seiner Nordgrenze, zu deren Verteidigung seine eigenen Kräfte nicht ausreichen. Der Gedanke ist logisch. Er würde außerdem den Beweis dafür liefern, daß eine abgerüstete oder vermindert wehrfähige Schweiz für ihre Nachbarn ein Element der Unsicherheit bedeuten und sie zu einer Erhöhung ihrer Rüstung zwingen würde [für unsere Völkerbunds- und Sozi-Pazifisten allerdings ein unfassbarer Gedanke!].

Wie würde General Rocca aber wohl

die Tatsache erklären, auf die eine Notiz der „Zürcher Post“ (vom 19. April) aufmerksam macht: Grundeigentümer im Eschental (Formazza-Tal) haben vor dem Staatsrat in Rom kürzlich die Rechtmäßigkeit der zum Bau der Straße auf den Jakobs-(San Giacomo-)Paß vorgenommenen Zwangsenteignung angefochten. Gebaut wurde diese Straße nach dem im Prozeß gemachten Aussagen zwar von einer Hotelgesellschaft des Eschentals und einem Unternehmer von Domodossola, aber im Auftrag des Festungsbureaus von Turin und das italienische Kriegsministerium erklärte sie als gemeinnütziges Werk für die Landesverteidigung. Dadurch kam ein für die Besizenteignung sehr günstiges Gesetz zur Anwendung. Die dagegen sich beschwerenden Kläger wurden vor dem Staatsrat abgewiesen. — Traut Italien dem Willen der Schweiz zur Neutralität oder ihrer Fähigkeit, diese zu schützen, nicht, daß es selbst den Bau derartiger Anlagen für seine Landes-„Verteidigung“ für notwendig erachtet? Oder ...?

Sehr richtig!

„Gewiß sehr viel geschieht, was entgegengekehrt erscheint jedem vernunftmäßigen Handeln. Der zunehmende Protektionismus ist unsinnig. Nützlich aber doch als Reaktion auf die unehrlichen politischen Spekulationen, die den bisherigen Bestrebungen um die Weltbefriedung zu Grunde lagen. Nun suchen die Länder ihre innere wirtschaftliche Gesundung und Kraft zurückzugewinnen. Als neue Partner, unter erträglicheren Bedingungen, werden sie wieder Füh-

lung nehmen, frei von Sieger-Illusionen, wieder bewußt der elementaren Einsicht, daß Wirtschaft National-Dienst am Volke ist und international ein gegenseitiges Aufeinander-Angewiesen-sein, bei dem jedes Glied auf seine Rechnung kommen soll.“

Aus dem Tätigkeitsbericht der „Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände“ für das Jahr 1931.